Die Moralisierung der Politik

Cord Schmelzle

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2817

Klagen über »Hypermoral«, »Wokeness« oder »Tugendterror« prägen die politische Debatte. Was früher Anspruch war, erscheint heute als Bedrohung: Die Moralisierung der Politik gilt vielen als Gefahr für die demokratische Ordnung. Doch was ist dran an der Diagnose einer übermoralisierten Gesellschaft?

Cord Schmelzle analysiert präzise das Verhältnis von Politik und Moral und zeigt, unter welchen Bedingungen moralische Argumente für unsere politischen Auseinandersetzungen unverzichtbar sind und wann sie in problematischen Moralismus umschlagen. Während sich die Kritik an der Moral als Versuch der Konservierung der bestehenden (Macht-)Verhältnisse erweist, sind moralische Interventionen ein wichtiger Faktor zur Selbstkorrektur von Gesellschaften – der gelegentlich übers Ziel hinausschießt. Entscheidend ist nicht, Moral aus der Politik zu verbannen, sondern besser moralisch zu streiten.

Cord Schmelzle, geboren 1980, ist Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und Projektleiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Universität Frankfurt am Main. Seine Dissertation wurde 2016 mit dem Promotionspreis der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft ausgezeichnet.

Cord Schmelzle

Die Moralisierung der Politik

Eine Orientierungshilfe

Suhrkamp

Erste Auflage 2026
edition suhrkamp 2817
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin, 2026
Alle Rechte vorbehalten.
Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text
und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlaggestaltung nach einem Konzept von Willy Fleckhaus:
Rolf Staudt
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Druck: C. H. Beck, Nördlingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12817-6

Suhrkamp Verlag GmbH
Torstraße 44, 10119 Berlin
info@suhrkamp.de
www.suhrkamp.de

Don't hate the player, hate the game
Ice-T

Inhalt

1. Einleitung: Von der geistig-moralischen Wende zum »war on woke« 9
Moral als Vorwurf 11
Zwei Verständnisse von Moralisierung 18
Fragestellung und These 21
Ein Einwand gegen die Argumentationslinie 26
Aufbau des Buches 28

2. Politik und Moral: Ein Spannungsverhältnis 32
Moral 37
Politik ohne Moral? 53

3. Kritik der Moralisierung: Moralisierung als politisches Problem 65
Moralischer Imperialismus: Moralisierung als Entgrenzung der Moral 66
Moral als falsche Fährte: Moralische Verantwortung als Attributionsfehler 90

4. Kritik der Moralisierung: Moralisierung als Problem der Politik 103
Moralisierung als Gefährdung der Demokratie . . . 104
Moral als Waffe: Die politische Instrumentalisierung moralischer Kritik 128

5. Gründe der Moralisierung: Vier Erwiderungen . . . 138
Die Entgrenzungskritik 140

Moralische Verantwortung angesichts struktureller Übel 155
Die demokratietheoretische Kritik 166
Die Instrumentalisierung moralischer Kritik 187

6. Die politische Funktion der Moralismuskritik 208
Silencing 210
Abwehr 213
Angriff 219

7. Fazit: Besser moralisch streiten 227

Anmerkungen 235
Literatur 265
Dank 281

1. Einleitung: Von der geistig-moralischen Wende zum »war on woke«

Nach 13 Jahren in der Opposition kehrte die CDU 1982 ins Kanzleramt zurück. Die Wahl von Helmut Kohl war für die Unionsparteien und das von ihnen repräsentierte konservative Milieu der alten Bundesrepublik mehr als ein bloßer Machtwechsel. Sie sahen in ihr ein Zeichen eines umfassenden gesellschaftlichen Umbruchs, der sich nicht mit einer wirtschafts- und sozialpolitischen Kursänderung begnügen wollte, sondern auch einen kulturellen Klimawandel markieren sollte: einen *vibe shift*, wie man heute sagen würde. Drei Wochen vor dem konstruktiven Misstrauensvotum, das ihn zum Kanzler machte, brachte Kohl diese ideelle Dimension seines politischen Projekts im Bundestag auf den Punkt:

> Alles, was der Staat, was eine handlungsfähige Regierung in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik besser machen kann, wird wirkungslos bleiben, wenn es nicht gelingt, auch im Denken und Handeln unserer Mitbürger – und natürlich auch bei uns selbst – eine Wende, eine grundsätzliche Neubesinnung einzuleiten. […] Ich behaupte, daß die Krise, in der wir uns befinden, trotz der beachtlichen und schweren materiellen Probleme auch, ja zum größten Teil eine *geistig-moralische* Krise ist. […] Diese geistig-moralische Krise ist das Resultat einer seit über einem Jahrzehnt betriebenen Verunsicherung, einer Verunsicherung im Verhältnis zu unserer Geschichte, zu vielen grundlegenden ethischen Werten und sozialen Tugenden, zu Staat und Recht, und letztlich auch einer Verunsicherung in unserem nationalen Selbstverständnis.[1]

Die hier anklingende Formel von der *geistig-moralischen Wende* wurde zur Chiffre der ersten Jahre der christlich-liberalen

Koalition, die bis 1998 bestehen sollte.[2] Auch wenn diese Wendung in den Niederungen des politischen Alltags wenig Wirkung entfaltete und radikale gesellschaftspolitische Reformprojekte ausblieben, war sie für das Selbstverständnis und die Rhetorik des »bürgerlichen Bündnisses« dennoch bedeutsam.[3] Der Anspruch, Politik wieder an »ethischen Werten und sozialen Tugenden« auszurichten, sollte eine grundsätzliche Differenz zu den Sozialdemokrat:innen und dem Geist von 1968 markieren, den Kohl im kulturellen Modernisierungskurs der sozialliberalen Koalition am Werk sah. Der SPD warf er vor, sie habe nicht nur die Staatsfinanzen, sondern auch das »moralische […] Kapital«[4] des Landes verschleudert und so die »Verunsicherungen« ausgelöst, die für den ökonomischen Niedergang der 1970er Jahre verantwortlich seien.

Die rhetorische Vereinnahmung der Moral war in den frühen 1980er Jahren kein Alleinstellungsmerkmal des deutschen Konservatismus. Auch in den Vereinigten Staaten war sie ein zentrales Merkmal des Widerstands gegen die Liberalisierungsprozesse der 1960er und -70er Jahre. 1979 gründete der baptistische Pfarrer Jerry Falwell die Moral Majority, eine politische Graswurzel- und Lobbyorganisation, die durch die Mobilisierung evangelikaler Christ:innen maßgeblich zur Wahl Ronald Reagans beitrug und die Republikaner gesellschaftspolitisch nachhaltig nach rechts rückte. Die von ihr gesetzten Themen, insbesondere der Kampf gegen die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und eine liberale Sexualmoral, prägen die Partei bis heute.[5] Trotz deutlicher Unterschiede in Ton und Stil verband Falwell mit den vergleichsweise moderaten deutschen Konservativen eine gemeinsame Diagnose: Die wirtschaftlichen und sozialen Krisen der Ge-

genwart seien letztlich Symptome eines moralischen Verfalls. Diesen zu stoppen und die Politik wieder an moralischen Werten auszurichten, müsse daher das eigentliche Ziel der konservativen Bewegung sein. Die Moralisierung der Politik war ein rechtes Projekt.

Moral als Vorwurf

Aus heutiger Sicht ergibt dieser Blick zurück auf die politischen Diskurse der Kohl- und Reagan-Jahre ein in zweifacher Hinsicht unvertrautes Bild. Verfolgt man die öffentlichen Debatten des letzten Jahrzehnts über die vorgeblichen Übel von »Tugendterror« und »Moraldiktatur«, »Wokeness« und einer von moralischer Empörung befeuerten »Cancel Culture«, so scheinen sich zunächst die Vorzeichen dieses Konflikts verkehrt zu haben. Heute beklagen Liberale, Konservative und Rechte (aber auch einige an der sozialen Frage orientierte Linke und traditionelle Sozialdemokrat:innen)[6] die Moralisierung der Politik, während ein Hang zum moralischen Sprechen und Argumentieren als *das* Kennzeichen des progressiven Milieus gilt. Zwar sind es offensichtlich andere Themen, die moralisiert werden – etwa Geschlechtergerechtigkeit statt Sexualmoral, kosmopolitische Offenheit statt Fleiß und Vaterlandsliebe –, aber die Bereitschaft, die eigenen politischen Projekte in moralische Sprache zu gießen, ähnelt sich über die Jahrzehnte und politischen Lager hinweg.[7] Bemerkenswert an dieser neuen Frontstellung ist daher nicht so sehr, dass die politische Vereinnahmung der Moral die Seiten gewechselt hat, sondern dass eine demonstrative Distanz zur Moral inzwischen selbst zu einem Kennzeichen konservativer

Rhetorik geworden ist.[8] Der Gegensatz zwischen der (behaupteten) Neigung des »linksgrünen« Lagers zum Moralisieren und dem abgebrühten Realismus, den Konservative und Rechte für sich beanspruchen, hat sich zu einer wirkmächtigen Unterscheidung entwickelt, die nicht nur in Deutschland die politische Topografie zunehmend prägt.

Damit hängt eine zweite Veränderung zusammen: Verschoben hat sich nicht nur, *wer* sich auf moralische Kategorien bezieht, sondern auch, *wie* über Moral gesprochen wird. Während Moral in der Rhetorik von geistig-moralischer Wende und Moral Majority eine Ambition der eigenen Politik bezeichnete, begegnet sie uns heute vor allem als *Vorwurf*. Wer in der Politik moralisch argumentiert, macht dem vorherrschenden Narrativ zufolge analytisch, politisch oder – paradoxerweise – moralisch etwas falsch. Moral wird zunehmend als Bedrohung individueller Freiheit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder gar als autoritäres Unterdrückungsinstrument stilisiert – in jedem Fall also als ein Übel, dem es sich zu widersetzen gilt. So plakatierte etwa die CSU im bayerischen Landtagswahlkampf 2023 den Slogan »Weiß-blau statt woke – Freistaat statt Verbotsland« (was sie nicht davon abhielt, nach der Wahl ein Verbot gendersensibler Schreibweisen in Schulen und Verwaltung durchzusetzen). Was dabei mit dem aus den Vereinigten Staaten übernommenen Kampfbegriff »woke« genau gemeint ist, ist nicht immer ganz klar. Manche eher akademisch argumentierenden Kritiker:innen nutzen ihn als Label für eine postliberale, identitätspolitisch ausgerichtete Linke,[9] während er in der politischen Rhetorik konservativer und rechter Parteien als amorpher Sammelbegriff für die Exzesse politischer Korrektheit firmiert.[10]

Die Gefahr einer moralisch begründeten Verbotspolitik

trieb im Sommer 2024 auch den späteren Kanzler Friedrich Merz um. Gegenüber der *Bild*-Zeitung erklärte er, dass der von »viel Bevormundung« und »einer überhöhten Moral« geprägte Politikstil der Grünen bei den Wähler:innen seiner Partei auf »aggressive Ablehnung« stoße und einer Zusammenarbeit im Wege stehe.[11] Noch grundsätzlicher fällt die Kritik des damaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Roland Hartwig aus. In einer Plenarrede aus dem Frühjahr 2020 geißelt er die (natürlich von links betriebene) »Moralisierung des Politischen« als »brandgefährlich«, da sie eine »politisch-moralische Spaltung« des Landes erzeuge und »einer vernunftbasierten Debatte« die Grundlage entziehe.[12] Und der ehemalige *Welt*-Herausgeber Ulf Poschardt, der vielleicht einflussreichste Stichwortgeber im publizistischen Brackwasser zwischen liberal-konservativ und rechtsaußen, identifiziert in seinem Bestseller *Shitbürgertum* die Moral als »autoritäre Unterdrückungsstruktur«, mit der das parasitäre linksliberale Milieu – die titelgebenden »Shitbürger« – seine kulturelle und politische Hegemonie auf Kosten der ökonomischen »Macher:innen« abzusichern sucht.[13]

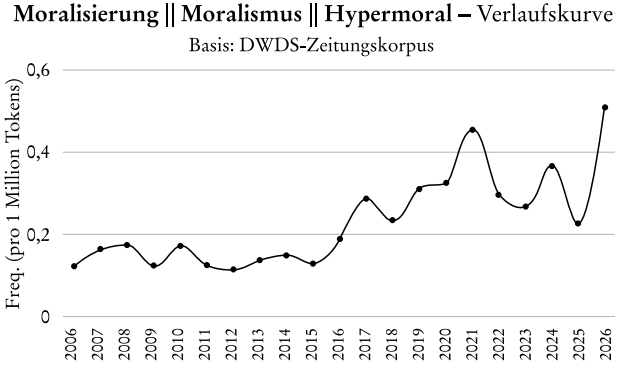
Diese und ähnliche Kritikpunkte an moralischer Kommunikation sind natürlich nicht ohne Vorläufer. Poschardts Kampfschrift gegen die Instrumentalisierung der Moral zur Unterjochung der Leistungsträger:innen ist ein wenig subtiles Remake von Nietzsches Kritik der Sklavenmoral, das in der konservativen Publizistik zyklisch wiederaufgeführt wird.[14] Und die Warnung vor der »polemogenen« – also wörtlich »kriegserzeugenden« – Wirkung moralischer Urteile, die bei Merz und Hartwig durchklingt, war auch schon in der alten Bundesrepublik eine beliebte Trope liberal-konservativen Denkens. Eine prominente Rolle spielte sie etwa bei Arnold Geh-

len, Hermann Lübbe, Reinhart Koselleck oder Niklas Luhmann, von dem die Warnung vor der Polemogenität der Moral stammt.[15] Doch dass (a) das Verhältnis zur Moral zu einer politisch folgenreichen Leitunterscheidung geworden ist und (b) Moral politisch nicht mehr als Anspruch und Versprechen, sondern als Vorwurf in Erscheinung tritt, ist eine Entwicklung der letzten Jahre.

Dass der Streit um die Moral diese Bedeutung erlangen konnte, liegt auch daran, dass er als Symptom eines tieferliegenden gesellschaftlichen Zerwürfnisses gedeutet wird. Moralisiert wird demnach, so lautet das nur bedingt durch sozialwissenschaftliche Daten gedeckte Klischee,[16] von dem im Sitzen (allerdings nicht am Lenkrad) arbeitenden und in der Großstadt lebenden akademischen Milieu der Lastenfahrradfahrer:innen, während die Freund:innen der Realpolitik, die die moralische Verpflichtung zu offenen Grenzen und Gendersternchen mit Skepsis betrachten, formal geringer gebildet sind, häufiger auf dem Land oder in Ostdeutschland leben und ihren Wochenendeinkauf mit dem Auto erledigen. In dieser Verknüpfung von moralischen Einstellungen mit bestimmten sozioökonomischen Gruppen hallt die politikwissenschaftliche Debatte zu den sogenannten neuen *Cleavages* wider. Danach bleiben politische Spaltungslinien zwar sozialstrukturell verankert, verschieben sich jedoch inhaltlich von klassischen Verteilungsfragen hin zu kulturellen Konflikten, die sich an Themen wie Geschlecht, Migration, Ethnizität, Lebensstil oder nationaler Identität entzünden.[17] In dieser Konstellation löst der Kulturkampf die Verteilungsfrage als Paradigma politischer Konflikte ab. Da, so lautet die Befürchtung, Kompromisse in solchen »unteilbaren« Moral- und Identitätskonflikten kaum möglich seien,[18] würden sie zum Trei-

ber politischer Polarisierungsprozesse, die nicht nur den gesellschaftlichen Frieden, sondern langfristig auch die Stabilität demokratischer Institutionen gefährdeten, wie etwa der Berliner Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel argumentiert.[19] Das Unbehagen angesichts der zunehmenden Moralisierung politischer Konflikte wird somit zu einer Schicksalsfrage des liberalen Gesellschaftsmodells erhoben und von den Kritiker:innen einer solchen Entwicklung entsprechend unversöhnlich artikuliert.

Für die politische Karriere moralkritischer Rhetorik finden sich auch empirische Hinweise. Moralkritische Begriffe wie »Moralismus«, »Moralisierung« und »Hypermoral« wurden im Zeitraum von 2016 bis 2026 im Durchschnitt etwa doppelt so häufig in deutschen Qualitätszeitungen gebraucht wie in den zehn Jahren zuvor.[20]



Verwendung moralkritischer Begriffe in Zeitungen zwischen 2006 und 2026

Ein ähnliches Muster ergibt die Auswertung der Debatten des Deutschen Bundestags. Dieselben Suchbegriffe sowie abge-

leitete Verben und Adjektive fanden sich in der 19. und 20. Wahlperiode insgesamt in 97 Bundestagsdrucksachen, während sie in den drei vorausgegangenen Legislaturen (2005-2017) nur in 30 Dokumenten auftauchten. Nach der politischen Zuordnung ergeben die Anfragen, Plenarprotokolle und Anträge folgendes Bild: Zwischen 2017 und 2024 entfielen mehr als 50 Prozent aller authentischen (also nicht zitierenden oder ironisierenden) Verwendungen moralkritischer Begriffe auf Abgeordnete der AfD, knapp 30 Prozent auf Mitglieder der Unionsfraktion und ca. 10 Prozent auf FDP-Abgeordnete. Von Abgeordneten der Linken gab es zwei, aus den Fraktionen der Grünen und SPD jeweils nur eine authentische Begriffsverwendung. Diese Analyse zeigt somit deutlich, dass moralkritische Rhetorik zumindest im Bundestag nicht nur zunimmt, sondern auch klar rechts der demokratischen Mitte beheimatet ist.

Diese Zahlen stützen den Eindruck, dass das Verhältnis zur Moral zu einer politisch bedeutsamen Konfliktachse geworden ist. Ganz gleich, ob es in der Sache um Migrationspolitik oder Klimaschutz, Coronamaßnahmen oder Waffenlieferungen, die Anerkennung sexueller Vielfalt oder vegane Currywürste in der VW-Kantine geht: Klagen über zu viel bzw. falsch verstandene Moral in der Politik sind zu einem prägenden Element nahezu jeder öffentlichen Auseinandersetzung geworden. Und auch wenn die Anlässe solcher Konflikte manchmal von überschaubarer Bedeutung sind (Hat die Umweltaktivistin als Jugendliche zu viele Fernreisen gemacht? Ist das Zeigen der Regenbogenflagge im Parlament mit dem Gebot staatlicher Neutralität vereinbar?), gilt dies nicht unbedingt für ihre Auswirkungen. Am deutlichsten wird das am Beispiel der USA, wo der »war on woke« der Regierung

Trump als zentrales Rechtfertigungsnarrativ dient, um etablierte Normen in der Sozial-, Umwelt- und Gleichstellungspolitik abzuräumen und zivilgesellschaftlichen Widerstand, etwa der Universitäten, zu brechen. Der autoritäre Umbau wird der Öffentlichkeit dabei als eine Art Selbstverteidigung gegen die moralistischen Exzesse des »Establishments« schmackhaft gemacht. Aber auch in Europa ist die mit propagandistischem Geschick geschürte Wut über tatsächliche oder vermeintliche moralische Bevormundungen durch die »woken« Eliten zu einem wichtigen Mobilisierungsinstrument geworden, das sich nahtlos in die rechtspopulistische Erzählung eines Machtkampfes zwischen dem einfachen Volk und einer abgehobenen politischen Klasse einfügt.[21]

Sollte man also die Kritik an der Moralisierung der Politik als ein rein politisches Manöver verstehen, das auf der Sachebene nicht ernst zu nehmen ist? Das wäre meines Erachtens zu einfach: Ebenso wenig wie die von konservativen Medien dokumentierten moralisierenden Überreiztheiten des progressiven Milieus ausreichen, um die Berechtigung des moralischen Standpunkts in der Politik zu widerlegen, kann der Missbrauch von Moralisierungsvorwürfen genügen, um die Kritik an der Moralisierung der Politik als unbegründet zurückzuweisen. Denn auch wenn man moralische Prinzipien, Ziele und Motive in der Politik für unverzichtbar hält, kann man manche Spielarten der Moralisierung der Politik trotzdem als problematisch empfinden. Zwei Beispiele mögen an dieser Stelle genügen: Der Appell ans moralische Pflichtgefühl erscheint etwa in der Klimapolitik nicht selten als ein denkfauler Ausweg, wenn Mut oder Mittel für systemische Veränderung fehlen (dazu ausführlich Kapitel 3). Und der inflationäre Gebrauch moralischer Empörung in den sozialen Medien ist

nicht nur nervtötend, sondern hinterlässt auch ein abgestumpftes Publikum, das im Ernstfall nur noch schwer für moralische Argumente zu erreichen ist (hierzu Kapitel 4). Moral scheint in der Politik also gleichzeitig notwendig und problematisch, unverzichtbar und regulierungsbedürftig zu sein. Diese widerstreitenden Intuitionen zur Rolle der Moral in der Politik in ein kohärentes Bild zu fügen, ist das Ziel dieses Buches.

Zwei Verständnisse von Moralisierung

Bevor ich die Fragestellung der Studie weiter entfalte, die Argumentationslinie skizziere und einen wichtigen Einwand gegen meinen Zugang diskutiere, ist eine begriffliche Klärung notwendig. Was genau ist unter der titelgebenden »Moralisierung« der Politik eigentlich zu verstehen? Ist Moralisierung *per se* etwas Negatives, oder ist auch ein anderes Verständnis möglich? Hierzu gilt es, zwei unterschiedliche Verwendungsweisen des Verbs »moralisieren« zu unterscheiden.

Die im öffentlichen Diskurs dominante Lesart ist pejorativ: Moralisieren meint hier ein aufdringliches moralisches Predigen und Ermahnen, das auch der *Duden* als eine Bedeutung des Begriffs anführt. Wer in diesem Sinne moralisiert, macht nicht einfach auf die moralische Dimension eines Sachverhalts aufmerksam, sondern will seine Gesprächspartner:innen in *inhaltlich fehlerhafter oder pragmatisch unangemessener* Weise moralisch unterweisen. In dieser Bedeutung ist der Begriff eng mit dem Vorwurf des »Moralismus« verwandt, und es ist dieses Begriffsverständnis, das den Klagen über die Moralisierung der Politik zugrunde liegt.[22] Was genau diese Bezugnahmen auf moralische Kategorien fehlerhaft bzw. unan-

gemessen macht, variiert. Der Vorwurf gilt dabei manchmal der Kategorie der Moral an sich. So argumentieren sogenannte Realist:innen seit jeher,[23] dass die moralische Evaluation der Politik schlichtweg einen Kategorienfehler darstelle, der nur Verwirrung stifte. Sie sei, so lässt sich die Position zuspitzen, genauso sinnvoll wie eine moralische Kritik am Speiseplan der Krokodile: Analytisch nutzloser Kitsch, der den Blick auf die operierenden Gesetzmäßigkeiten der Natur – oder eben der Politik – verstelle oder, noch schlimmer, bewusst verschleiere. Eine klare Formulierung dieser Position findet sich bei Niklas Luhmann: Unter Bedingungen moderner, in verschiedene eigengesetzliche Subsysteme differenzierter Gesellschaften ergebe es »schlechterdings keinen Sinn, eine moralische Legitimation von Politik zu verlangen«.[24]

Häufiger als dieser kategorische Ausschluss moralischer Argumente ist eine Position anzutreffen, die zwar eine prinzipielle Begrenzung der Politik durch moralische Prinzipien akzeptiert, aber gleichzeitig konkrete Bezugnahmen als überhöht oder deplatziert, spaltend oder instrumentalisierend zurückweist. Moralisches Sprechen und Argumentieren in der Politik wird dabei mal als Überdehnung moralischer Kategorien zurückgewiesen, mal als naive Verkennung politischer Realitäten belächelt, mal als Treiber der gesellschaftlichen Polarisierung mit Sorge betrachtet und mal als Angriff mit der sprichwörtlichen »Moralkeule« verurteilt. Wer moralisiert, so viel scheint jedenfalls festzustehen, hat oder tut Unrecht.

Aus Perspektive der Verteidiger:innen des öffentlichen moralischen Sprechens und Urteilens stellt sich die Lage anders dar. Sie verstehen die Verwendung moralischer Argumente in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Sinne einer ebenfalls laut *Duden* gebräuchlichen neutralen Verwendung von